

NACHRICHTEN

Unterstützung bei der Bekämpfung von Geldwäscherei

VADUZ – Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 21. Dezember beschlossen, das UNO-Programm zur Bekämpfung von Geldwäsche (GPML) mit USD 25 000.– zu unterstützen. Ziel der Aktivitäten der Vereinten Nationen zur Bekämpfung von Geldwäsche ist es, die Umsetzung von internationalen Standards in Gesetzgebung und Kontrollorganen weltweit zu fördern. Dazu gehört die Erarbeitung und Überprüfung von Gesetzesvorlagen, die Beratung beim Aufbau von FIUs und die Organisation von Weiterbildungsseminaren für Vertreter aus Justiz, Polizei und Finanzaufsicht. Ebenfalls von Bedeutung ist die Datenbank IMOLIN (International Money Laundering Information Networks), welche Praktikern Zugang zur Analyse einer grossen Zahl nationaler Gesetzgebungen und Vorschriften bietet und damit als Mittel zur Verbreitung von «best practices» dient. Bei ihren Aktivitäten arbeiten die Vereinten Nationen eng mit anderen internationalen Foren (FATF, IMF, Egmont Group, Moneyval u.a.) zusammen. Wie andere UNO-Programme für die technische Zusammenarbeit wird auch das GPML grösstenteils über freiwillige Beiträge finanziert. Angesichts der Bedeutung einer weltweiten Stärkung internationaler Standards bei der Bekämpfung von Geldwäsche, was auch für Liechtenstein als Finanzplatz ein besonderes Anliegen ist, unterstützt Liechtenstein das GPML regelmässig seit dem Jahr 2001. (pafl)

Interreg-Projekt «LänderGender»

VADUZ – Gender Mainstreaming ist eine Strategie zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann. Sie besteht darin, die Anliegen und Kriterien der Gleichstellung in alle Lebensbereiche zu integrieren. Für die Verwaltung bedeutet dies, dass bei jedem staatlichen Handeln, bei allen Projekten und Massnahmen der Verwaltung die möglichen Auswirkungen auf Frauen und Männer geprüft und berücksichtigt werden, und zwar in jeder Phase eines Vorhabens – von der Erarbeitung des Konzepts bis zur Realisierung und Evaluation. Ziel des Gender Mainstreamings ist es, dass alle Projekte und Massnahmen Frauen wie auch Männern gleichermaßen zugute kommen. Die effektive Umsetzung der Gender-Mainstreaming-Strategie erfordert besondere Unterstützung auf der regionalen bzw. lokalen Ebene. Die Politik und die Verwaltung gehen mit Vorbildwirkung bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming voran. Es gibt jedoch nur wenig Erfahrung zu diesem Thema vor allem hinsichtlich der methodischen Vorgehensweise.

Mit dem «LänderGender»-Projekt werden Unterstützungsmassnahmen für die Verwaltungen aus St. Gallen, Vorarlberg und Liechtenstein geschaffen. Das Projekt beinhaltet den Aufbau einer grenzüberschreitend nutzbaren Datenbank mit Materialien zur Sensibilisierung und Unterstützung von Entscheidungsträger/-innen auf regionaler und lokaler Ebene. Im Projekt wird ein Schulungskonzept für Führungskräfte erstellt, Workshops mit Führungskräften durchgeführt sowie Informationsveranstaltungen für Entscheidungsträger/-innen angeboten. Das Durchführen eines transnationalen Informations- und Erfahrungsaustausches zur methodischen Vorgangsweise bei der Umsetzung der Gender-Mainstreaming-Strategie ist ein weiterer, wichtiger Schwerpunkt des Projektes.

Seit dem 6. Dezember 2004 ist die Homepage www.laendergender.org aufgeschaltet. Es werden Gender-Mainstreaming-Umsetzungsmodelle und Instrumente vorgestellt, welche für die Verwaltung bei der Umsetzung der Gender-Mainstreaming-Strategie von Nutzen sind. Im Weiteren wird eine Datenbank mit Gender-Mainstreaming-Expertinnen und -Experten aufgebaut, die zur Unterstützung bei der eigenen Umsetzung der Strategie hilfreich sein können. Ab dem neuen Jahr informiert die Homepage über Projekte, die in den drei Verwaltungen realisiert werden. Die Homepage wird über den gesamten Projektverlauf (2004 bis 2006) mit Modellen, Instrumenten, Projektverläufen, Expertinnen und Experten erweitert. (pafl)

«Verantwortungslose Falschinformation»

Regierungsrat Hansjörg Frick nimmt zum Vorwurf der «Prämienlüge» Stellung

Wenn man keine Argumente mehr hat und nicht sein kann, was nicht sein darf, dann steigt die Gefahr, dass sich der politische Gegner in der Wahl seiner Worte vergreift, unsachlich und beleidigend wird. So geschehen im Front-Artikel des Liechtensteiner Vaterlandes vom 21. Dezember («Die Prämienlüge der Regierung»). Dieser beginnt mit der Behauptung «Regierungsrat Hansjörg Frick bemüht sich in den letzten Tagen, den Versicherten weismachen zu wollen, dass die «Nullrunde» bei den Prämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) eine tatsächliche sei.» Damit sagt Günther Fritz explizit, die Regierung in meiner Person belüge die Versicherten und damit das Volk. Der Chefredaktor geht hier entschieden zu weit, seine Vorwürfe sind nicht tolerierbar und entbehren nachweislich jeglicher fachlichen Grundlage.

Prämien-Nullrunde als Stein des Anstosses

Aufgrund verschiedener Änderungen im Gesundheitsbereich kommt es im Jahr 2005 in Liechtenstein nicht zu einer Erhöhung der Krankenkassen-Prämie in der Grundversicherung. Nach Jahren des zumeist starken Prämienwachstums ist dies eine für Liechtenstein erfreuliche Entwicklung – gerade auch unter Berücksichtigung, dass es um umliegenden Ausland für 2005 erneut zu Prämien erhöhungen kommt.

Tatsächlich Nullrunde

Da eine solche Entwicklung in Zeiten des Wahlkampfes manchen



Bedauert, dass im «Vaterland» «nachweislich Falschinformationen verbreitet werden»: Regierungsrat Hansjörg Frick.

Kreisen anscheinend nicht gelegen kommt, wurde alsbald versucht, die Prämien-Nullrunde als «Mogelpackung» oder eben «Prämienlüge» zu deklarieren.

Fakt aber ist, dass die überwiegende Mehrheit der versicherten Personen in Liechtenstein im nächsten Jahr nicht mehr für die Krankenversicherung bezahlen werden als in diesem Jahr. Nur wer aufgrund spezifischer medizinischer Wünsche eine Zusatzversicherung abschliesst, muss gegenüber 2004 zusätzliche Prämien bezahlen.

Nachhaltigkeit des Systems sichern

Der weitere Vorwurf, dass die Nullrunde einzig in den gegenüber dem früheren Hausarztssystem höheren Franchisen und Selbstbehalt be-

gründet liegt, stimmt so ebenfalls nicht: Die Erhöhung von Franchise und Selbstbehalt fand bereits im letzten Jahr mit der Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes statt und war ein notwendiger Beitrag zur langfristigen Sicherung der Wirtschaftlichkeit und der Nachhaltigkeit des Gesundheitswesens.

Franchise deutlich günstiger als in der Schweiz

Trotz dieser Erhöhung sind Franchise und Selbstbehalt in Liechtenstein gegenüber der Schweiz aber nach wie vor deutlich tiefer. Auch die Schweiz hat vor einiger Zeit Franchise und Selbstbehalt erhöht, was in der Schweiz aber nicht verhindern konnte, dass es für 2005 zu einer Prämienhöhung von 3,7 Prozent kommen wird.

Bedauerlich ist an der aktuellen Information zum Thema Krankenversicherung im «Vaterland» des Weiteren, dass nachweislich Falschinformationen verbreitet werden.

Gezielte Falschinformation

Mittels eines Rechenbeispiels wird versucht, aufzuzeigen, dass es 2005 zu einer deutlichen finanziellen Mehrbelastung mancher Versicherter kommen kann. Das erwähnte Rechenbeispiel entspricht aber nicht den Tatsachen und vermittelt daher grundsätzlich falsche Behauptungen. Die versicherte Person im Rechenbeispiel wird für die erwähnte Leistung auch 2005 nicht mehr bezahlen müssen als in diesem Jahr.

Aufruf zu Sachlichkeit

Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen und Liechtenstein verfügt über ein erstklassiges Gesundheitswesen, das den Menschen hilft, dieses Gut zu pflegen und zu fördern. Unverantwortlich ist es daher, wenn die Menschen in dieser Thematik aus opportunistischen Gründen des Wahlkampfes mit irreführenden oder gar falschen Aussagen verunsichert werden sollen.

Daher möchte ich mit Nachdruck einerseits die angeführten Vorwürfe zurückweisen und andererseits der Bitte Ausdruck verleihen, dass im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner wieder eine sachliche Darstellung der Gesundheitsthematik in den Mittelpunkt der medialen Behandlung rückt.

Mit freundlichen Grüssen
Hansjörg Frick, Regierungsrat

«FBP verhindert Prämien-erhöhung von 50 Prozent»

Standpunkt: FBP-Landtagskandidat Wendelin Lampert über die Gesundheitskosten

Anders als in der Schweiz (+3,7%) wird in Liechtenstein die Krankenkassen-Prämie in der Grundversicherung 2005 nicht steigen. Was für die Versicherten gut ist, passt der Opposition nicht. Daher versucht sie, die Nullrunde schlecht zu reden, und verschweigt dabei, dass es ohne die vollzogenen Massnahmen der FBP stattdessen zu einer 50%-igen Kostenexplosion gekommen wäre!

Warum darf es keine Nullrunde sein?

Von einer «Mogelpackung» oder gar einer «Prämienlüge der Regierung» ist die Rede, wenn die Zeitung der Opposition versucht, der Bevölkerung einzureden, dass die Prämien-Nullrunde keine Nullrunde ist – nicht sein kann und vor allem nicht sein darf! Daher wurde versucht, die Bevölkerung über die Zusatzversicherung zu verunsichern. Mittlerweile sind die Menschen informiert und wissen, dass die Zusatzversicherung nur für sehr spezifische medizinische Wünsche erforderlich ist. Der jüngste Schritt



Für Fakten statt Falschinformationen: Wendelin Lampert (FBP).

in der Verunsicherungspolitik der Opposition ist daher, die Nullrunde mittels Selbstbehalt und Franchise als Mogelpackung darzustellen. Aber auch dieser Vorwurf scheitert und macht deutlich, warum es der Opposition tatsächlich geht: Um Verunsicherung in der sensiblen Gesundheitsthematik, um Wahlkampf auf dem Rücken der Versicherten.

Zumindest in einem Punkt greift die Argumentation der oppositionellen Zeitung auf Fakten zurück, denn Selbstbehalt und Franchise sind im neuen Krankenversicherungsgesetz tatsächlich höher als im damaligen Hausarztssystem. Diese Erhöhung war aber ein unerlässlicher Schritt, um das Kosten-

bewusstsein seitens der Versicherten und vor allem deren Eigenverantwortung zu stärken. Nur so konnte ein System geschaffen werden, das wirtschaftlich und langfristig tragbar ist. Der Blick über den Rhein macht dabei rasch deutlich, dass in Liechtenstein die Beträge für Franchise und Selbstbehalt wesentlich niedriger sind. In der Schweiz nämlich sind Franchise inklusive maximalem Selbstbehalt für Erwachsene rund 25 Prozent und für Rentner rund 150 Prozent höher. Kinder und Jugendliche sind über dem Rhein zudem nicht von der Kostenbeteiligung befreit, wie in Liechtenstein. Dies, obwohl die Kosten pro Versicherten in Liech-

lich gescheiterte System mit seinen jährlichen Prämien erhöhungen nicht geeignet, um die aktuelle Nullrunde zu torpedieren. Wären nämlich Massnahmen wie der Systemwechsel und vor allem der Ärztestopp der FBP als Übergangslösung bis zur Vertragspflicht ausgeblieben, müssten die Versicherten heute bis zu 50 Prozent höhere Prämien zahlen. So viel zur Mogel-

Wer lügt?

packung. Mittels eines kleinen Rechenbeispiels will die Zeitung der Opposition die «Prämien-Lüge» der Regierung entlarven. Pikantes Detail am Rande: Das Beispiel ist bereits im Ansatz falsch! Der Text verschweigt, dass die versicherte Person im Beispiel auch weiterhin bis 2008 den Schweizer Arzt ohne Kassenvertrag aufsuchen kann, ohne dass hierfür eine Zusatzversicherung für volle Kostenbeteiligung notwendig wäre.

Es wäre kein Luxus, sich zuerst zu informieren, bevor man andere kritisiert, dies gilt im Landtag aber auch für die Berichterstattung!

Nullrunde statt Kostenexplosion

tenstein bei CHF 3020 und im Kanton St. Gallen bei CHF 2058 liegen, und somit um 47 Prozent höher sind. In den Äusserungen der Opposition wird zwischen den Zeilen immer wieder das Hausarztssystem als die bessere Lösung verkauft. Dabei ist gerade dieses eindrück-